

ARGUMENTARIUM

i S Referendum «Gegen höhere Stromabgaben»

(Reglement über die Spezialfinanzierung Förderprogramm Energieeffizienz RSFE, Thun)

Rückblick/Allgemein

- Stadtrat von Thun sagte am 17.02.2022 mit 31:1-Stimmen klar Ja zum Reglement
- Der Gemeinderatsbeschluss vom 26.02.2022 unterliegt dem fakultativen Referendum
- Verband Wirtschaft Thun Oberland und Thuner KMU wollen das Referendum ergreifen
- Hierzu nötig sind 800 Unterschriften (Wohnsitz Thun) binnen 30 Tagen (bis 28.03.2022)
- Exponenten aus SVP, FDP, Die Mitte unterstützen die Verbände mittlerweile ebenfalls
- Ein Gegenkomitee hat sich formiert und ist mit SP, Grüne, GLP/EVP/EDU breit aufgestellt

Aktuell/Fakten

- Ein Förderprogramm ist grundsätzlich gut, aber nicht in vorliegender Form als Zusatzfonds
- Die Stadt Thun will einen Fonds (Spezialfinanzierung) äufnen, obwohl finanzpolitisch verpönt
- Der geplante Fonds bietet keine Gewähr für eine haushälterische Mittelverwendung
- Strombezüger werden einseitig belastet, andere Nutzer indes bleiben unbehelligt
- Betriebe mit stromintensiver Tätigkeit würden künftig bis 900 Franken/Jahr mehr bezahlen
- Verbände lassen juristisch prüfen, ob wirklich Lenkungsabgabe oder nicht Zwecksteuer
- Ist es eine Steuer, wäre das Reglement nicht gesetzeskonform (widerspricht kant. Recht)
- Zudem wird auf der Abgabe MWST erhoben, was einer Doppelbesteuerung gleichkommt
- Die Energie Thun AG entrichtet der Stadt bereits 5 Mio. Franken Konzessionsabgaben/Jahr
- Mit jährlich so hohen Einnahmen liesse sich ein Fonds direkt speisen, ohne neue Abgabe
- Die Spezialfinanzierung ist Teil der Rechnung der Stadt (Gemeinderat entscheidet selber)
- Der Gemeinderat will mittels Verordnung freie Hand haben, was nicht transparent ist
- Einzelheiten über Entnahme/Verwendung der Mittel aus dem Fonds sind nicht geregelt
- Die Finanzvorsteherin indes kann bis 100'000 Franken alleine und in Eigenregie vergeben
- Stadtverfassung sieht vor, dass bei einer Steuererhöhung das Volk entscheiden muss
- Das Ganze ist ein Bürokratiemonster (spez. Geschäftsstelle, Fachbeirat, externe Berater)

Auswirkungen/Praxis

- Vermieter werden die höheren Gebühren der Mieterschaft in Rechnung stellen
- Von allfälligen Subventionen bei Investitionen werden nur die Vermieter profitieren
- Auswärtige Investoren profitieren mit, indem sie keine Abgabe bezahlen müssen
- Ein Förderfonds sollte Betriebe vielmehr unterstützen, nicht zusätzlich finanziell belasten
- CO₂-intensive Heizungen sollten im Fokus einer nachhaltigen Förderung stehen
- Damit CO₂-intensive Energieträger durch fortschrittliche Technologien ersetzt werden
- Stattdessen gibt es höhere Gebühren auf E-Mobilität und Wärmepumpen
- Ein Ölheizungsbenutzer aber bezahlt dann keine zusätzlichen Gebühren; unlogisch
- Der Förderfonds sieht «Aktionen» vor wie beispielsweise das Verteilen von Sparlampen
- Solche Verwaltungs-«Aktionen» sind aber wenig zielführend und nicht Klima-nachhaltig

Schlussfazit

- Die beiden Thuner Wirtschaftsverbände sind gegen höhere Stromabgaben in dieser Form
- Es ist den Wirtschaftsverbänden ein Anliegen, dass jetzt das Volk das letzte Wort hat
- Anstelle einer Klage (wenn es eine Steuer ist), wird der Weg via Referendum beschritten
- Zumal es das Thuner Volk und die Betriebe sind, die diese zusätzliche Abgabe berappen
- Darum: Ja zur Dekarbonisierung – Nein zum vorliegenden Förderfonds!

Thun, im März 2022

**Verband Wirtschaft Thun Oberland
Gewerbeverein Thuner KMU**